

Vereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Innenstadt-Ost zur Wahlperiode 2014 - 2020

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einigen sich auf die Durchsetzung folgender Ziele im Stadtbezirk Innenstadt-Ost:

1. Haushalt

Es wird an dem bewährten Prinzip festgehalten, die Haushaltsmittel der Bezirksvertretung (BV) möglichst in einem fraktionsübergreifenden Konsens einzusetzen. Die Verwendung für Zwecke der Kinder- und Jugendpolitik bleibt dabei oberste Priorität. Die bisherige Förderung ehrenamtlicher und verbandlicher Seniorinnen- und Seniorenarbeit ist beizubehalten.

2. Kinder- und Jugendpolitik

Die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk bleibt weiterhin ein Schwerpunkt rot-GRÜNER Zusammenarbeit. Dazu gehört u.a.:

Die vorhandenen Kinder- und Jugendtreffs sowie Spiel- und Bolzplätze werden erhalten bzw. attraktiver gestaltet.

Schulhöfe sollen soweit möglich ganztägig genutzt werden können, um Kindern und Jugendlichen attraktive Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten zu bieten.

Unter dem Stichwort Jugend und Politik will die Bezirksvertretung die Ideen, die durch das Jugendforum gesetzt wurden, aufgreifen, um weiterhin darauf hin zu arbeiten, den Kontakt zwischen Jugendlichen und Politik zu verbessern.

An weiterführenden Schulen wird angestrebt, bewachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder einzurichten.

Der Westfalenpark bleibt für Kinder aus dem Stadtbezirk weiterhin kostenlos, um das innerstädtische Defizit an attraktiven Spielflächenangeboten auszugleichen.

3. Familien- und Seniorinnen- und Seniorenpolitik

Es ist darauf hinzuwirken, dass für junge Familien ein Wohn- und Lebensumfeld geschaffen wird, das es ihnen ermöglicht, ihre familiäre Situation zu verbessern. Dies betrifft auch den Bereich der Kindertagesstätten und Tageseltern.

Die Altersstruktur des Stadtbezirkes erfordert auch weiterhin die Förderung ehrenamtlicher und verbandlicher Seniorinnen- und Seniorenarbeit. Daher sind die Aktivitäten des Seniorenbüros und des runden Tisches Seniorenarbeit wie bisher zu unterstützen. Nur in enger Zusammenarbeit zwischen Seniorenbüro, Politik und hauptamtlichen und ehrenamtlichen Aktiven können auch zukünftig seniorenspezifische Angebote/Hilfestellungen im bisherigen Umfang im Stadtbezirk angeboten werden.

4. Umwelt und Stadtentwicklung

Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude (z. B. Schulen) werden Maßnahmen zur Energiesanierung und Nutzung alternativer Energie durchgeführt.

Vorhandene Grünflächen werden erhalten, die Begrünung von Straßen und Plätzen sowie Fassaden und Dächern wird verstärkt.

Der Fällung von Bäumen im öffentlichen Raum wird nur aus Gründen der Gefahrenabwehr zugestimmt. Diese sind durch Ersatzpflanzungen heimischer Bäume an gleicher Stelle auszugleichen.

Der Ostfriedhof als größte, zusammenhängende Grünzone im Kaiserstraßenviertel ist in seiner besonderen Funktion als Friedhof und große Grünanlage in seinem Bestand zu sichern. Angesichts der bereits im Laufe der Jahre geänderten und erweiterten Nutzung als Parkanlage für Spaziergängerinnen, Spaziergänger und Erholungssuchende ist zusammen mit der Friedhofsverwaltung, den benachbarten Kirchengemeinden, interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern eine Konzeption für den Ostfriedhof zu entwickeln, die der Doppelfunktion des Friedhofs als Begräbnisstätte und Grünanlage Rechnung trägt und entsprechende verbindliche Nutzungsregelungen schafft.

Bei der Gestaltung des Ostbahnhofgeländes wird eine zügige Herrichtung der Wegeverbindung und des Grünstreifens angestrebt. Dann kann die geplante Verlegung des Gedenksteins für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma auch zeitnah erfolgen. Bei der Bebauung des Südbahnhofgeländes bleiben die Ergebnisse der Rahmenplanungen sowie der durchgeführten Wettbewerbe Grundlagen der weiteren Planungen. Es wird eine qualitätsvolle und dem innerstädtischen Standort angemessene Bebauung angestrebt.

Im Bereich des Südbahnhofs streben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, dass ein Satzungsbeschluss nur unter der Voraussetzung gefasst wird, dass Bau und Finanzierung des S-Bahn-Haltepunkts Kronprinzenstraße vertraglich sichergestellt sind.

Die Versorgungszentren im Stadtbezirk werden gesichert, Ziel ist die Steigerung ihrer Attraktivität.

5. Mobilität

SPD und GRÜNE streben an, dass die Bushaltestellen im Stadtbezirk nach und nach barrierefrei umgestaltet werden. Dazu wird eine Bestandsaufnahme der Bushaltestellen hinsichtlich der Barrierefreiheit vorgenommen und eine Prioritätenliste erstellt.

Außerdem wird weiterhin ein zügiger, barrierefreier Umbau der U- und Stadtbahn-Haltestellen im Bezirk gefordert. Die Möglichkeiten einer barrierefreien Querung der B1 sind dabei abzuwägen und möglichst schnell umzusetzen.

Privat organisierte Fahrradhäuschen auf öffentlichen Flächen werden finanziell gefördert.

Die Beschilderung von Radfahrstrecken zu wichtigen Punkten wird ausgebaut.

Neue Radwege werden in der Regel auf den Fahrbahnen abmarkiert und an den Kreuzungen so geführt, dass keine Umwege entstehen.

Bestehende Radwege auf Gehwegen sind mit dem Ziel zu prüfen, den Radverkehr zukünftig auf der Straße zu führen.

Die Radwegeverbindung von der Hamburger Straße ist in östlicher Richtung bis nach Wambel lückenlos zu schließen. Hierbei ist in enger Zusammenarbeit mit dem ADFC, dem VCD und dem städtischen Fahrradbeauftragten eine Radwegeverbindung zu entwickeln, die den besonderen verkehrlichen und räumlichen Bedingungen im Bereich der östlichen Kaiserstraße und des Körner Hellwegs gerecht wird.

Das Projekt Anwohnerinnen- und Anwohnerparken wird unter intensiver Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner fortgeführt. Dazu gehören die seitens der Verwaltung entwickelten Projektbereiche "Hainallee" und "Markgrafenstraße". Einer entsprechenden Verwaltungsprüfung wird das Areal südlich B1/Joseph-Scherer-Straße unterzogen.

Von den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD wird keine Initiative angestoßen, was den Ausbau der Semerteichstraße zwischen Defdahl und B1 sowie die Anbindung der Semerteichstraße an den B1-Tunnel betrifft. Für den Körner Süden wird ein Verkehrslenkungsprogramm entwickelt, um die Lärm- und Schadstoffbelastungen zu vermindern.

Angesichts des neu aufzurollenden Planungsverfahrens für den B1-Tunnel sind umgehend Maßnahmen zu entwickeln, um die Lärm- und Schadstoffbelastungen der Anwohnerinnen und Anwohner über das bisherige Maß hinaus weiter zu reduzieren. Das Fahrverbot für den Lkw-Durchgangsverkehr wird auf 24 Stunden ausgedehnt.

Bei den Planungen für den B1-Tunnel wird sichergestellt, dass die B1 oberirdisch stadtverträglich und verträglich für Anwohnerinnen und Anwohner zurückgebaut und der Alleecharakter erhalten wird sowie nur noch innerstädtischer Anliegerverkehr zulässig ist.

Taxistellflächen in Wohngebieten werden einer Standortuntersuchung unterzogen.

6. Engagement der Bürgerinnen und Bürger

Bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besteht Einvernehmen, das Stadtbezirksmarketing fortzuführen, um auch weiterhin bürgerschaftliche Aktivitäten zu unterstützen.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden weiterhin die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den BV-Sitzungen erleichtern. Dazu gehört eine unbürokratische Behandlung von Einwohnerinnen- und Einwohnerfragen in der BV (Sitzungsunterbrechungen, um Einwohnerinnen und Einwohnern zu Tagesordnungspunkten hören zu können, zusätzlich zur Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde).

Außerdem sollen weiterhin Aktionen und Initiativen gegen den Rechtsextremismus fortgeführt und unterstützt werden.

7. Verfahren

Die in der Bezirksvertretung anstehenden Themen werden von den beiden Fraktionen in einem ständigen informellen Dialog behandelt. Beide Fraktionen werden politische Entscheidungen einvernehmlich treffen.

Alle Beschlussanträge werden gemeinsam entschieden auf der Grundlage des vereinbarten Arbeitsprogramms. Falls zunächst keine Einigung erfolgen kann, wird der entsprechende Antrag in die darauffolgende Sitzung geschoben. Damit ergibt sich Zeit, einen Kompromiss zu finden. Sollte auch danach kein Konsens bestehen, ergibt sich die Möglichkeit, dass eine Fraktion einzeln eine Anfrage zu dem Thema stellt.

Sollte sich im Sitzungsverlauf der Bezirksvertretung ein anderes Meinungsbild ergeben, als das vorher zwischen den Partnern verabredete Votum, beantragt eine der beiden Fraktionen eine Sitzungsunterbrechung. So ergibt sich Zeit, das Abstimmungsverhalten aufeinander abzustimmen. Bei der Abstimmung von Verwaltungsvorlagen und Dringlichkeitsentscheidungen wird ebenso verfahren, um zu einem Konsens zu kommen.

Anfragen können auch von einzelnen Fraktionen gestellt werden, sofern der jeweilige Partner vorab darüber informiert wurde und nicht von seinem Vetorecht dagegen Gebrauch gemacht hat.

Bei zukünftigen Personalentscheidungen, insbesondere bei einer Nachwahl von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern des Bezirksbürgermeisters, hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Vorschlagsrecht.

Die Information über alle Öffentlichkeitstermine (Presse, Verwaltung, Politik) wird vonseiten des Bezirksbürgermeisters sichergestellt.

Unter diesen Voraussetzungen setzen sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl von Udo Dammer (SPD) als Bezirksbürgermeister von Innenstadt-Ost ein.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einigen sich darauf, die 2014 geschlossene Vereinbarung bis 2020 fortzusetzen.

Dortmund, 17. Juni 2014

Für die SPD:

Carsten Wember

Franz-Josef Nentwig

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Christiane Gruyters

Ingrid Reuter